

An den Bundesrat
z. Hd. Frau Bundesrätin
Karin Keller-Sutter
Eidgenössisches Justiz-
und Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

KOPIE

Basel, den 26. November 2019

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,

Am 31. Mai 2019 richteten wir einen Brief an den Gesamtbundesrat, mit dem wir auf die Flüchtlingsnot an der bosnisch-kroatischen Grenze aufmerksam machten und den Bundesrat zum Handeln aufforderten. Rund 800 Menschen aus der ganzen Schweiz schrieben im gleichen Sinne mit der

Bitte, der Bundesrat möge sich einsetzen für:

- einen sofortigen Stopp der Gewalt gegen Flüchtlinge an der bosnisch-kroatischen Grenze,
- den Rückzug der Schweiz aus Frontex-Einsätzen mit der kroatischen Grenzpolizei,
- die Aufnahme eines Flüchtlingskontingents aus den Lagern in Bosnien-Herzegowina.

Wir danken Ihnen, sehr geehrte Frau Bundesrätin, für Ihren Antwortbrief vom 25. Juni 2019. Leider mussten wir feststellen, dass Sie sich zwar auf die Einhaltung und Förderung der Menschenrechte berufen, aber auf keine unserer Forderungen eingegangen sind. Sie schrieben auch, Kroatien betone, „dass sich die kroatische Polizei an die geltenden Gesetze und Normen halte“. Es gibt jedoch hundertfache Belege und Einsprüche von namhaften Menschenrechtsorganisationen, dass dies nicht der Fall ist. Auch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 12.7.2019 gegen das Staatssekretariat für Migration (SEM) weist darauf hin. Die vorgesehene Ausschaffung eines syrischen Flüchtlings nach dem Dublin-Verfahren von der Schweiz nach Kroatien wurde suspendiert, weil das Recht auf Asyl in diesem Land nicht gewährleistet sei.

Wir möchten Sie und den Gesamtbundesrat erneut bitten, tätig zu werden, denn:

- Die Gewalt der kroatischen Grenzpolizei gegen Flüchtende an der EU-Aussengrenze zu Bosnien-Herzegowina hat weiter zugenommen. Mit illegalen Pushbacks werden die Menschen systematisch zurückgetrieben. Kroatien steht vor der Aufnahme in den Schengenraum. Die Schweiz als Schengen-

Mitglied sollte darauf hinwirken, dass Kroatien erst aufgenommen wird, wenn dieses Land die Menschenrechte respektiert. Welche Schritte sehen Sie dafür vor?

- Die Beweise häufen sich, dass sich Beamte von Frontex an Pushbacks und gewalttätigen Übergriffen gegen Flüchtende beteiligt haben. Wir fordern erneut den Rückzug des Schweizer Grenzwachtkorps, damit dieses nicht zum Komplizen von Menschenrechtsverletzungen wird.

- Durch inzwischen zwei Bundesverwaltungsgerichtsentscheide wurden Ausschaffungen von Geflüchteten nach Kroatien suspendiert, weil dort das Recht auf Asyl nicht gewährleistet ist. Es wäre daher angebracht, einen generellen Ausschaffungsstopp von Geflüchteten nach Kroatien zu verhängen.

- Eine humanitäre Katastrophe droht: In Bosnien-Herzegowina sitzen ca. 7.000 Flüchtlinge fest, nur ein Teil ist in offiziellen Lagern untergebracht, viele sind obdachlos. Etwa tausend Flüchtlinge sind auf eine ehemalige Müllhalde, in das improvisierte Lager Vučjak bei Bihač, deportiert worden. Dort gibt es keinerlei medizinische Versorgung, es fehlt an allem. Internationale Helferinnen und Helfer wurden von den Behörden des Landes verwiesen. Es besteht die Gefahr, dass Menschen wegen Unterversorgung und Kälte sterben werden.

Wir bitten Sie: Entsenden Sie eine Delegation aus den zuständigen Departementen des Bundesrats, um sich vor Ort selbst ein Bild von der Not zu machen!

In Ihrem Antwortschreiben, sehr geehrte Frau Bundesrätin, erwähnen Sie, dass die Schweiz seit 2009 eine Migrationspartnerschaft mit Bosnien und Herzegowina führt: „Im Rahmen dieser Partnerschaft wird Bosnien und Herzegowina darin unterstützt, die Migrationsgouvernanz zu verbessern und die Rechte der Migrantinnen und Migranten zu schützen. Wir stehen in regelmässigem Kontakt mit den bosnischen Behörden und sind auch künftig bereit, bedarfsgerecht zu handeln.“

Der Bedarf ist enorm! Was gedenken Sie unmittelbar zu tun, um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern? Wie gedenken Sie, Bosnien und Herzegowina in dieser schwierigen Situation zu entlasten? Bitte stellen Sie sicher, dass die Hilfe auch wirklich bei den geflüchteten Menschen ankommt. Die Unterstützung sollte nicht dazu dienen, Bosnien und Herzegowina gegen Migrantinnen und Migranten aufzurüsten.

In den Empfangsstrukturen in der Schweiz gibt es momentan genügend Platz. Es stünde daher dem Bundesrat gut an, mit der Aufnahme von Geflüchteten aus den Lagern in Bosnien und Herzegowina aufzuzeigen, dass die Aussenpolitik der Schweiz nicht nur die Interessen der Wirtschaft vertritt, sondern auch der humanitären Tradition der Schweiz und den Menschenrechten verpflichtet ist.

Gerne erwarten wir Ihre Stellungnahme.

Hochachtungsvoll



Claude Braun

Für das Europäische BürgerInnen Forum